



## Wo Stoiber draufsteht ist Kohl und Waigel drin

Der Kandidat ist nach 100 Tagen profil- und aussagelosen Kandidatendaseins in den Umfragen deutlich abgestürzt, und dies hat die Union durcheinander gebracht. Stoiber hat als Kandidat in der Bevölkerung deutlich an Vertrauen verloren. Er hat auch bei den führenden Vertretern der Wirtschaft deutlich an Zustimmung verloren.

Kein Wunder: Der Kandidat hat sich zur Familienpolitik geäußert, bisherige Konzepte der Union zurückgenommen und dennoch ein konzeptionelles Knäuel präsentiert, das weder in sich schlüssig, noch finanziert und finanzierbar ist.

Zur Gesundheitspolitik fällt der Union offensichtlich nichts anderes ein, als die Patienten mit Eigenbeteiligung zur Kasse zu bitten.

Stoibers zaghafte steuerpoliti-

schen Vorschläge sind sofort auf heftige Kritik in der Wirtschaft gestoßen. Der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank, Hilmar Kopper, hat Stoibers Vorschläge als unverständlich bezeichnet.

Sogar in der CSU regt sich Widerspruch, und Stoibers Minister sind offen unzufrieden.

Die neuesten Meldungen über mögliche Inhalte des Wahlprogramms der Union zur Steuerpolitik zeigen, dass sie zu ihrer alten Linie zurückkehrt: Steuer-senkungen versprechen und gleichzeitig Mehrausgaben in anderen Bereichen fordern. Dieser Weg ist schon einmal beschritten worden und hat die Bundesrepublik in die Verschuldung und in einen großen Reformstau geführt.

Es steht Stoiber drauf und es ist Kohl und Waigel drin.

### *Moment mal...*

Die bayerische Staatsregierung prahlt gerne mit solider Haushaltspolitik. Tatsächlich aber saniert sich das Land vor allem zu Lasten seiner Städten und Gemeinden und missbraucht die kommunalen Haushalte als Reservekasse. In der Regierungszeit Stoibers stiegen die Landesschulden um 7%, die der bayerischen Kommunen um 21%!

(In Niedersachsen haben die Kommunen in diesem Zeitraum die Schulden um 11% abgebaut...)

### **In dieser Ausgabe:**

Die Woche im Plenum	2
Zur Familienpolitik	3
Zur Verbraucherpolitik	4
Zu den Wahlen	4



## Diese Woche im Plenum

Wir haben in dieser Woche unseren Gesetzentwurf zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen (**Tariftreuegesetz**) verabschiedet.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass für öffentliche Bauaufträge und Ausschreibungen im ÖPNV nur Firmen in die Auswahl kommen, die das Lohnniveau des Tarifgebietes einhalten.

Damit sollen Wettbewerbsverzerrungen verhindert werden, die durch den massiven Einsatz von Niedriglohnkräften entstehen und insbesondere in tarifgebundenen mittelständischen Unternehmen Arbeitsplätze gefährden.

Darüber hinaus sieht der Gesetzentwurf die Einrichtung eines Registers über Unternehmen vor, denen schwere Verfehlungen - wie beispielsweise illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit oder Verstöße gegen die Tariftreueregelung - nachgewiesen werden (Anti-Korruptionsregister). Diese Unternehmen sollen in Zukunft von der Vergabe öffentlicher Aufträge einfacher ausgeschlossen werden können.

Die ostdeutschen Interessen sind in diesem Gesetzentwurf mit einem Stufentarif berücksichtigt: Ab Inkrafttreten des Gesetzes ist für alle Unternehmen die Einhaltung von 92,5% des Tarifniveaus, ab 1. Januar 2003 95%, ab

1. Januar 2004 97% und erst ab dem 1. Januar 2005 100% vorgeschrieben.

Eine solide und tragfähige Lösung.

Wir verabschiedeten in dieser Woche drei Gesetze mit wichtigen Regelungen für den Bereich der **inneren Sicherheit**.

Mit dem Strafrechtsänderungsgesetz werden die Möglichkeiten zur Verfolgung ausländischer Terroristen verbessert.

Das private Sicherheitsgewerbe erhält klare und verbindliche Richtlinien und Rahmenbedingungen.

Das neue Waffenrecht trägt zu mehr Sicherheit bei, ohne die Belange der Sportschützen zu beeinträchtigen. Hier ist nach vielen Gesprächen und intensiven Beratungen eine vernünftige Lösung gefunden worden.

In dieser Woche haben wir in 2. und 3. Lesung die Neuregelungen bei der **Besteuerung von Alleinerziehenden** beschlossen. Das Gesetz sieht vor, dass die Steuerklasse II bis zum Jahr 2005 für alle Alleinerziehenden gilt, also auch für die sog. Neufälle, die in diesem Jahr hinzugekommen sind.

Wir haben damit für alle Alleinerziehenden eine vernünftige und gerechte Regelung getroffen.



## Unsere Familienpolitik

In der letzten Woche hat Gerhard Schröder eine Regierungserklärung zur Familienpolitik abgegeben. Die Familienpolitik nimmt einen zentralen Rang in unserer Politik ein und wird dies auch künftig tun.

Die alte Regierung hat in den 16 Jahren ihrer Regierungszeit die Familien sträflich vernachlässigt und ist deshalb heute ein schlechter Ratgeber, wenn es um eine moderne, zukunftsfähige und alle Familienformen einbeziehende Familienpolitik geht. Das Bundesverfassungsgericht hat die Familienpolitik der Union nachdrücklich beanstandet. Das Geiere um das Familiengeld und seine fehlende Finanzierung machen deutlich, dass die Union noch immer kein familienpolitisches Konzept hat und ein schlechter Fürsprecher der Familien ist.

Unsere Familienpolitik kann sich sehen lassen. Wir haben die wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen für Familien deutlich verbessert:

Wir haben nicht nur das Kindergeld dreimal erhöht (insgesamt betrug die Steigerung fast 36%) und neue Freibeträge eingeführt, unsere Steuerreform hat außerdem zu spürbaren finanziellen Entlastungen geführt. In der

Summe stehen den Familien in diesem Jahr 52 Mrd. € (102,7 Mrd. DM) zur Verfügung (soziale Leistungen und Steuererleichterungen). Das sind rd. 12 Mrd. € mehr als unter Kohl.

Nicht nur im materiellen Bereich wird deutlich, dass sich die Situation für Familien in den letzten 3 ½ Jahren deutlich verbessert hat. Das Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Familie und das Gewaltschutzgesetz sorgen ebenso für ein familienfreundlicheres Klima, wie der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit und die neue Elternzeit, die es erstmals beiden Elternteilen erlaubt, zeitgleich und flexibel Elternurlaub zu nehmen.

Die Familienpolitik wird in der nächsten Legislaturperiode erneut einen zentralen Stellenwert in unserer Regierungspolitik einnehmen. Auf- und Ausbau der Ganztagsbetreuung - gerade für jüngere Kinder und Schulkinder, die Fortentwicklung des Familienleistungsausgleichs und die Förderung der Familie gegenüber der Ehe sind nur einige Stichworte, die auf unserer Agenda stehen.

Bodo Seidenthal, MdB

Büro:

Paul-Löbe-Haus, Zi. 7.237/39/41

Telefon: 030/227-7 38 66

Postanschrift:

Fax: 030/227-7 64 19

Platz der Republik 1

E-Mail: bodo.seidenthal@bundestag.de

11011 Berlin

Ansprechpartnerin: Katharina Fricke

Bürgerbüro:

Schuhstraße 24

38350 Helmstedt

Telefon: 0 53 51/59 98 27

Ansprechpartner: Michael Eli

Wahlkreisbüro:

Schillerstraße 6-8

38440 Wolfsburg

Telefon: 0 53 61/1 44 18

Ansprechpartner: Dirk Roller

---

## Wir machen Politik für die Verbraucher

Wir haben in der letzten Woche in 1. Lesung drei Gesetzentwürfe zum Thema Verbraucherschutz und Landwirtschaft beraten. Es handelt sich um Entwürfe für ein Verbraucherinformationsgesetz, eine Neuorganisation des gesundheitlichen Verbraucherschutzes sowie das Ökolandbaugesetz.

Durch den Entwurf für ein Verbraucherinformationsgesetz sollen Verbraucherinnen und Verbraucher einen Anspruch auf Informationen über Lebensmittel und Bedarfsgegenstände bekommen. Für Behörden wird eine Rechtsgrundlage geschaffen, damit sie von sich aus bei Verstößen gegen verbraucherschützende Normen und einem gewichtigen Informationsinteresse die Öffentlichkeit informieren können - unter Nennung von Erzeugnis und Hersteller.

Nachdem bereits das Landwirtschaftsministerium in ein Ministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft umgewandelt wor-

den ist, machen wir weiter Ernst mit der Stärkung des aktiven Verbraucherschutzes.

Mit dem entsprechenden Gesetzentwurf wird die gesetzliche Grundlage für zwei neue Bundeseinrichtungen geschaffen, die für mehr Transparenz und Effizienz beim gesundheitlichen Verbraucherschutz sorgen werden. Bei den neuen Einrichtungen handelt es sich um das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) sowie das Bundesamt für Verbraucherschutz und für Lebensmittelsicherheit (BVL).

Durch das Ökolandbaugesetz werden Vollzugsaufgaben im ökologischen Landbau gebündelt und wird die Effizienz der Durchführung der EG-Öko-Verordnung verbessert. Und: Auch bei diesem Gesetzentwurf wird der Verbraucherschutz gestärkt, z.B. durch die Einführung von Sanktionen bei Verstößen gegen Vorschriften der EG-Öko-Verordnung.

Das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ist schlecht. Es ist ein landespolitisches Ergebnis und muss auch so bewertet werden. Dennoch erschwert es unsere Ausgangsposition für die Bundestagswahl. Vor 30 Jahren hatten wir ebenfalls eine schwierige Situation: Mit dem Austritt eines FDP-Abgeordneten hat die sozial-liberale Regierungskoalition von Willy Brandt ihre Bundestagsmehrheit verloren. Im Herbst des gleichen Jahres hat sie die Bundestagswahl überzeugend gewonnen. Bundespolitisch ist der Absturz von Stoiber in der Stimmung und in den Umfragen wichtig und bemerkenswert. Auch das zeigt: Es ist nichts entschieden, wir haben eine Chance und wir werden sie nutzen.